

Die Bilanz der Europäischen Integration 2012

Werner Weidenfeld

Europa bietet uns seit einiger Zeit ein großes Drama. Praktisch täglich, ja fast stündlich, erhalten wir Hiobsbotschaften und Untergangsprognosen. Einige Schlagzeilen: „Europa steuert in die Katastrophe“¹, „Europa als Albtraum“², „Die große Angst ums Geld“³, „Das europäische Haus steht in Flammen“⁴. Besteht Europa nur noch aus Finanzen, Währung, Spekulation? Sind die starken normativen Fundamente erodiert? Europa, wo ist dein Zauber geblieben? So ist man geneigt auszurufen.⁵

Und dann ist das Drama zuzuspitzen: Jugend: Europas abgehängte Generation⁶ Jugendarbeitslosigkeitsquote: Griechenland 52,7%, Spanien 51,5%, Portugal 36,6%, EU-weit 22,6%, mit steilen Zuwachsraten.⁷ Dazu wird nüchtern konstatiert: Ohne die Jugend ist Europa verloren. Also: Diese Großbaustelle Europa müssen wir wenigstens gedanklich in Ordnung bringen. Mehr als 70% der Europäer sagen: „Ich verstehe den Vorgang überhaupt nicht.“⁸ Darum geht es nun: An geistiger Klarheit und strategischer Perspektive zu arbeiten. Es kommt nicht von ungefähr, wie der Ökonomie-Nobelpreisträger Paul Krugman das Kernproblem Europas definiert: „Wenn die Krise Europas nicht längst hinter uns liegt, dann ist ein Mangel an geistiger Klarheit und politischem Willen schuld!“⁹

Natürlich war die Aufmerksamkeit lange Zeit gebannt von Elementen, die man unter den Rubriken „Schuldenkrisen“ oder „Finanzkrisen“ subsummieren kann.¹⁰ Mit Blick auf die Krise Griechenlands wurde zunächst ein „Rettungsschirm“ geschaffen, der Zeitgewinn bringen sollte. Genauer heißt es „Europäische Finanzierungsfazilität“ (EFSF). Die EFSF wurde im Juni 2010 gegründet und mit 240 Milliarden Euro ausgestattet. Sie soll im Juni 2013 auslaufen. Es sollen Kredite an finanziell angeschlagene Mitgliedsstaaten gewährt werden – Griechenland, Irland, Portugal, Spanien, Zypern haben ihren Bedarf angemeldet. Dieser Rettungsschirm wurde dann ergänzt durch den „Europäischen Stabilitätsmechanismus“ (ESM), der mit einem Volumen von rund 700 Milliarden Euro dann auch die ESFS ablösen soll.

1 TZ, 26.07.2012, S. 2.

2 Süddeutsche Zeitung, 12.05.2011, S. 4.

3 Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 03.06.2012, Nr. 22, S. 41

4 Joschka Fischer, Das Europäische Haus steht in Flammen, in: Süddeutsche Zeitung, 04.06.2012, S. 2.

5 Siehe Florian Eder, Europa, wo ist Dein Zauber geblieben?, in: Welt am Sonntag, 08.05.2011, S. 13.

6 Zeit online, 17.05.2012.

7 Zu den Daten siehe Eurostat.

8 Zu empirischen Details u.a. Eurobarometer; Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 27.11.2011, S. 15; siehe auch ergänzend Thomas Petersen, Stabile Vorurteile – robuste Gemeinschaft, in Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.03.2012, S. 5.

9 Paul Krugman, Die Kaputtspärer, in: Handelsblatt, 11.05.2012, S. 80.

10 Zu den Details siehe u.a. als populäre Überblicke Marc Beise, Lang lebe der Euro! Warum wir für unsere Währung auf die Straße gehen sollten, München 2012; Martin Hüfner, Rettet den Euro! Warum wir Deutschland und Europa neu erfinden müssen, Hamburg 2011; Max Otte, Stoppt das Euro-Desaster!, Berlin 2012; Paul Welfens, Die Zukunft des Euro, Berlin 2012; Christian Feller, Retten wir den Euro!, Bonn 2012.

Diese Instrumente eines Zeitgewinns ließen bald den Ruf nach einer strukturellen Ergänzung durch neue vertragliche Rahmenbedingungen laut werden. Es ging um strengere Obergrenzen für die Staatsverschuldung und um ein verschärftes Strafverfahren bei Verstoß. Der „Europäische Fiskalpakt“, der bereits nach nur zweimonatiger Verhandlungszeit am 2. März 2012 unterzeichnet wurde, schuf diese rechtliche Ergänzung. Es handelt sich methodisch um ein Netzwerk bilateraler völkerrechtlicher Verträge, die nach dem so genannten „Schengen-Modell“ abgeschlossen wurden.

Der Fiskalpakt ist natürlich nicht das letzte Wort der Reformen. Es wird weiter gedacht: Direktwahl europäischer Führungspositionen, verstärkte Koordinierung von Wirtschafts- und Steuerpolitik, Politische Union, Einberufung eines neuen „Europäischen Konvents“ nach Art. 48 EUV. Manches davon mündet in den Ruf „Mehr Demokratie“ oder auch „Mehr Europa“.

Europa gibt immer wieder Rätsel auf. Es bietet dramatische Krisenmeldungen. Daran schließen sich Hinweise auf unverzichtbare Erfolge an. Die Schwierigkeiten des Tages verweben sich mit den Fragen an die Zukunft des Kontinents. Situative Hektik macht ab und an den Blick auf die Finalität frei. Strategische Ratlosigkeit ist unübersehbar, zugleich werden Erinnerungen an alte Meisterwerke der Integrationsgeschichte wachgerufen.

Grundsätzlicher Klärungsbedarf wird unübersehbar: Wie soll die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union künftig gesichert werden? Wie sind Währungskrisen zu vermeiden? Welches Gewicht besitzt die deutsch-französische Zusammenarbeit? Wie ist die spezifische Rolle Großbritanniens einzuordnen? Wird die Balance zwischen großen und kleinen Staaten in der Europäischen Union gewährleistet? Ist die Grundlage europäischer Legitimation gesichert? Wie kommt Europa seiner weltpolitischen Mitverantwortung nach?

Es gibt also Gründe genug, die architektonischen Konstellationsveränderungen in Europa eingehender zu analysieren.

Europa erlebt das Ende alter Selbstverständlichkeiten

Es gab Zeiten, da boten die großen Herausforderungen feste Orientierungen. Solche Filter eingehender Informationen benötigt jede komplexe, moderne Gesellschaft, um Halt zu finden und Halt zu bieten. In der Geschichte der Europäischen Integration ist es nicht das erste Mal, dass in einer Krise die Frage nach der Sinnhaftigkeit gestellt wird.¹¹ Bisher gab es jedoch immer eine Antwort, die dem Projekt immense Vitalität verlieh. Dies bleibt aber heute aus. Das kennzeichnet die neue Epoche – die Abwesenheit einer identitätsstiftenden Zielprojektion. Ohne Identitätsgrundlage fehlt aber jedem politischen System die Basis seiner Handlungsfähigkeit. Halten wir uns die bisherigen Phasen vor Augen:¹²

- Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg war der Kontinent von einem Netz europäischer Bürgergruppen durchwebt, die eine große Lehre aus der Geschichte ziehen wollten. Kriege und Katastrophen nationalistischer Art sollten nicht mehr das letzte Wort persönlicher Erfahrung sein. Jetzt sollte dieser, von breiten Blutspuren gekennzeichnete

11 Vgl. Hagen Schulze, *Phoenix Europa*, Berlin, 1998; Tony Judt, *Die Geschichte Europas seit dem zweiten Weltkrieg*, München 2006; Gerhard Brunn, *Die europäische Einigung: Von 1945 bis heute*, 2. Aufl., Ditzingen 2009; Rainer Siedtke, *Geschichte Europas: Von 1815 bis zur Gegenwart*, Stuttgart 2009.

12 Vgl. auch Werner Weidenfeld / Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration 1980ff.*, Bonn/Baden-Baden 1981ff.

Kontinent die Alternative zum Nationalismus anstreben und verwirklichen: die Einigung Europas. Man gab sich höchst anspruchsvolle Ziele. Dazu gehörte der europäische Bundesstaat, die Politische Union. Hatten doch bereits viele Widerstandsgruppen im Dritten Reich darüber nachgedacht und konzeptionelle Entwürfe geliefert. Aber diese große Ambition endete zunächst in einem bescheidenen Schritt. Nicht zuletzt hatte Großbritannien dafür gesorgt. Im Jahr 1949 wurde schließlich der Europarat gegründet. Das aber war nicht der große supranationale Wurf.

- Man bedient sich einer anderen Methode, um das Ziel zu erreichen. Es sollten bescheidene einzelne Funktionen integriert werden. So legten Robert Schuman und Jean Monnet funktionalistische Konzepte für eine Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl vor. So konnte auch der frühere Kriegsgegner Deutschland weiter kontrolliert werden, ohne diskriminiert zu sein.
- Als dies so eindrucksvoll gelang, galt es sogleich wichtige Funktionen nachzuschieben: die Organisation der Sicherheit (Europäische Verteidigungsgemeinschaft, EVG). Über solche funktionalistischen Ansätze sollte aber ein großes politisches Dach gebaut werden – die Europäische Politische Gemeinschaft (EPG). In jeder Phase hatte man ein großes, präzises Ziel vor Augen.
- Das half auch über die Krise des Scheiterns von EVG und EPG hinweg. Funktionalistische Ersatzlösungen wurden in Auftrag gegeben. Nicht nur, dass die mit Souveränität auszustattende Bundesrepublik Deutschland sicherheitspolitisch dann eben anders verankert wurde, nämlich innerhalb von NATO und WEU. Man verhandelte – im so genannten „Geist von Messina“ – um die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM). In der klaren Zielperspektive wurden auch die elementaren Konflikte zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland lösbar. Frankreich gestaltete einen Gemeinsamen Markt, so wie es Bonn wollte, und die Bundesrepublik Deutschland gestattete das Herausnehmen der militärischen Komponente aus der nuklearen Kontrolle, so wie es Paris wollte. Der höchst ambitionierte Zielkorridor der Römischen Verträge sollte der Verwirklichung zugeführt werden.
- Ein erster größerer Zieldissens führte folgerichtig zur ersten Integrationskrise. Die USA und Großbritannien signalisierten ihre Bereitschaft, dem Druck der Sowjetunion auf den Status Berlins nachzugeben. Das bedeutete für Adenauer und De Gaulle eine Existenzbedrohung des freiheitlichen Westeuropas. Eine Politische Union mit sicherheitspolitischer Komponente sollte eine Antwort bieten. So wurde es in den so genannten Fouchetplänen niedergelegt. Die übrigen EWG-Staaten aber wollten dieser Führungsvorgabe – inzwischen misstrauisch geworden – nicht folgen. Adenauer und De Gaulle kreierten eine kleine Ersatzlösung, die aber sogar in der deutschen Innenpolitik auf Unverständnis stieß: der deutsch-französische Freundschaftsvertrag.
- Die nachlassende Zielsicherheit für das Projekt „Europa“ führte zu etlichen Jahren der Stagnation und Krise. Die „Politik des leeren Stuhls“, die mit dem so genannten „Luxemburger Kompromiss“ gewissermaßen beigelegt wurde – auch wenn der Interpretationsdissens blieb –, bot die symbolische Botschaft zur Lage. Diese unklare, verwirrende Perspektive ließ trotz des weiter bestehenden Ost-West-Konflikts keine Integrationsdynamik im alten Stil mehr zu.
- Die krisenhafte Zuspitzung des Niedergangs fand eine scharfe und weithin akzeptierte Bezeichnung: „Eurosklерose“. Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre befand sich die

Europäische Integration in der Ära eines tiefen Niedergangs. Eurosklerose wurde zum Schlüsselbegriff der Lagebeschreibung. Europa konnte mit den dynamischen Märkten nicht mehr mithalten. Es erschien erschöpft, gleichsam ein Ausschnitt aus dem Museum. Bundeskanzler Helmut Kohl und Staatspräsident François Mitterrand erkannten die dringende Notwendigkeit eines strategischen Aufbruchs. Dazu bedurfte es eines entsprechend begabten politischen Kopfes. Sie fanden ihn in Jacques Delors. Er war ein starker französischer Finanzminister und die meisten sahen in ihm den zukünftigen französischen Staatspräsidenten. Er aber nahm die Herausforderung Europa an. Zunächst teilte er den Staats- und Regierungschefs mit, er müsse nun strategisch nachdenken. Nach einigen Monaten trug er sein Ergebnis vor: Europa braucht zum Aufbruch eine große historische Aufgabe. Dies könnte die Neuorganisation der Sicherheit oder die Vollendung des Binnenmarktes sein. Nur für eine dieser großen Aufgaben besitze Europa die Kraft. Der Binnenmarkt wurde als strategisches Thema angenommen. Dies bedeutete die mehrjährige Umsetzung von fast 300 Gesetzeswerken. Die Öffentlichkeit wurde überzeugt durch die Daten und Argumente des umfangreichen Cecchini-Reports. Der eingeschlagene Kurs wurde politisch über etliche Jahre durchgehalten.

Aus diesem gelungenen Beispiel ist für die gegenwärtige Herausforderung zu lernen: Europa braucht starke politische Führungsfiguren und strategische Köpfe.¹³ Die Politik muss die notwendigen Schritte strategisch erklären und vertrauensbildend durchhalten. Die Schlussfolgerung liegt auf der Hand: Europas Politik muss das Erklärungsdefizit eliminieren. Es ist viel mehr Zeit und Kraft auf die Erläuterung zu richten. Wer die Deutungshoheit gewinnt, der gewinnt auch die Zukunft. Und dennoch: Auch ein strategischer Entwurf zum Projekt Europa wird heute in einen schwierigen Kontext geraten. Die sowieso nur schwach ausgeprägte Identität¹⁴ Europas hat inzwischen ihre politische Stabilisierungsleistung weitergehend eingebüßt. Es gab in früheren Jahrzehnten durchaus stärkere Prägungen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg spürten die Europäer – jenseits ihrer entfernten historischen Erfahrungslinien – die ausgeprägte Notwendigkeit, als Antwort auf die Weltkriege eine Friedensgemeinschaft aufzubauen. Diese gemeinsame Idee geriet dann in einen dramatischen weltpolitischen Konflikt. Die Auseinandersetzung zwischen Ost und West war mehr als ein bloß vordergründiger Machtkonflikt: Sie war auch ein elementarer Konflikt um Normen. Und dies wirkte wiederum identitätsstiftend. Als der weltpolitische Konflikt zwischen Ost und West beendet war, fehlte die Identitätshilfe.

Bei allen Krisenmeldungen darf man aber auch die Lernprozesse nicht übersehen, die unter Druck und im Stress ausgelöst werden. Die Wirtschafts- und Währungsunion ist hierfür das beste Beispiel. Im Vertrag von Maastricht hatte man zwar die Währungsunion präzise mit ihren Stabilitätskriterien definiert. Die von Anfang an geforderte politische Umrahmung hatte man jedoch ausgespart. Auch wurde erst später bemerkt, dass die Stabilitätskriterien nur bis zur Einführung der gemeinsamen Währung gelten sollten. Aber was sollte anschließend geschehen? Flugs schob man den Stabilitätspakt nach, der die Kriterien für die Zeit danach fixierte. Eine Euro-Gruppe hatte der Maastricht-Vertrag auch nicht vor-

13 Vgl. ausführlicher: Werner Weidenfeld, Europa – Ein Kontinent auf der Suche nach seiner Identität, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Heft 21, 2011, S. 301-307.

14 Vgl. u.a. Werner Weidenfeld (Hrsg.), Die Identität Europas, München 1985; Julian Nida-Rümelin / Werner Weidenfeld (Hrsg.), Europäische Identität, Baden-Baden 2007.

gesehen. Man schob sie informell nach. Im Lissabon-Vertrag wurde die Euro-Gruppe dann vertraglich formalisiert. Die Elemente einer Politischen Union, einer Wirtschaftsregierung, wurden unter dem Druck der Finanzkrise wieder thematisiert. Die Kontrollkompetenzen der Europäischen Union wurden ebenso ausgebaut wie die europäischen Instrumente zur Währungsstabilisierung. Der Krisendruck erweist sich somit immer wieder als ein zentrales Instrument zur Fortentwicklung der Integration.

Unter Druck wird ein Lernprozess verwirklicht

Die dramatische Verschuldungs- und Währungskrise Europas hätte vermieden werden können. Alle sachlichen Details dazu lagen bereits bei den Vorverhandlungen zum Vertrag von Maastricht, also vor rund 20 Jahren, auf dem Tisch.¹⁵ Man wusste: Eine gemeinsame Währung kann auf Dauer nur stabil bleiben, wenn es einen starken, handlungsfähigen politischen Rahmen gibt. Währungsunion und Politische Union sind zwei Seiten einer Medaille. In Maastricht fehlten Kraft und Zeit, diese Erkenntnis politisch direkt zu realisieren. Man nahm sich dazu neue Verträge vor. Aber angesichts ökonomischer Schönwetterzeiten wurde der notwendige Reformkern nicht realisiert. Als die Griechenlandkrise begann, wurde das Erkenntnisdefizit vielfältig klar: Die Europäische Union verfügte nicht über eigene Daten. Sie erhielt auch keine frühzeitigen Informationen aus den Mitgliedsstaaten zu deren nationalen Budgetvorhaben. Nun, unter ökonomischem und politischem Druck, wurde dies korrigiert.¹⁶ Ein ergänzender Fiskalpakt wurde möglich: Eine verschärfte Schuldengrenze und Schuldenbremse; ein Sanktionsmechanismus mit effektiveren Abläufen unter Einbeziehung des Europäischen Gerichtshofs. Erst unter massivem Druck negativer Realitäten konnte der überfällige Lernprozess realisiert und politisch umgesetzt werden. Krisen haben in der Geschichte der Europäischen Integration immer wieder heilsame Wirkung erzielt – so auch dieses Mal.

Langfristig jedoch müssen die erforderlichen Schritte über diesen gegenwärtigen Status quo der Reform hinausgehen. Denn angesichts der Erosion des gemeinsamen Symbolgehalts lautet der aktuelle Befund: Europa braucht Ziele, Perspektiven, Orientierung. Es muss eine strategische Kultur aufbauen. Was fehlt, ist eine neue Perzeption Europas, eine neue kulturelle Nutzung der Vertragsgrundlagen und ein neuer Zugriff auf die Zusammenhänge. Wer die große Zeitenwende Europas positiv beantworten will, der benötigt einen anderen kulturellen Umgang mit Europa:

- Neue Vitalität wird Europa nicht aus bürokratischen Mammutverträgen erwachsen. Europa kann heute nur als die rettende, elementare Antwort auf die Globalisierung ein neues Ethos entfalten. In der Globalisierung liegt die Idee für die neue, kraftvolle Begründung. Ein Aufbruch aus der zweiten Eurosklerose kann nur vermitteln, wer die Kunst der großen Deutung beherrscht. Am Beginn steht die Globalisierung mit ihren dramatischen Konsequenzen für jeden Einzelnen. Europa liefert die Antwort darauf mit seinem strategischen Konzept der Differenzierung nach innen und nach außen. Nur die Union kann schlüssige Antworten liefern, nur die Gemeinschaft ist stark genug, den

15 Vgl. Werner Weidenfeld (Hrsg.), Maastricht in der Analyse, Gütersloh 1995.

16 Vgl. Henrik Enderlein, Welche Economic Governance für Europa? Die Vorschläge zur wirtschaftspolitischen Steuerung im Euroraum, in: Werner Weidenfeld / Wolfgang Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 2011, Baden-Baden 2012, S. 37-44; Tobias Kunstein / Wolfgang Wessels, Die Europäische Union in der Währungskrise: Eckdaten und Schlüsselentscheidungen, in: integration, 4/2011, S. 308-322.

einzelnen Staaten Schutz, Ordnung und Individualität zu garantieren. Europa hat das Potenzial zur Weltmacht. Allerdings muss dieses Potenzial angemessen organisiert und mit dem Geist europäischer Identität erfüllt werden. Eine solche historische Großleistung kann das gleiche Europa erbringen, das heute den großen Herausforderungen verunsichert gegenübersteht.

- Eine mächtige politische Wirklichkeit, die ihre Identität sucht, braucht den Ort repräsentativer Selbstwahrnehmung. In der klassischen Lehre der repräsentativen Demokratie ist dieser Ort das Parlament. Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente sind heute aber weit davon entfernt der öffentliche Ort der Selbstwahrnehmung einer Gesellschaft mit ihren Zukunftsbildern und Hoffnungen, mit ihren Ängsten und Konflikten zu sein. Das Europäische Parlament muss also – wie auch die nationalen Parlamente – seine Rolle neu verstehen.
- Identität wird durch einen gemeinsamen Erfahrungshorizont kreiert. Die Möglichkeiten hierzu bieten sich schon jetzt. Die Dichte integrativer Verbindung hat drastisch zugenommen. Längst ist es nicht mehr die bloße Zollunion oder dann nur der Binnenmarkt. Die Wirtschafts- und Währungsunion hat einen schicksalhaften Schub des aufeinander Angewiesenseins ausgelöst. Auch aus dem Ausland kommen fast täglich Anfragen – sei es zum UN-Sicherheitsrat, sei es zur Transformation im arabischen Raum, sei es im Nahost-Konflikt oder in den Klima-Regimen. Aber eine kompakte europäische Antwort bleibt bisher aus. Allzu lange kann sich Europa dies nicht erlauben. Vielmehr muss es sich als Strategie-Gemeinschaft verstehen.

Halten wir uns vor Augen, wie Europa die diversen Schichten der Identität abgelagert hat:¹⁷ Europa war immer zugleich ein geographischer Begriff und eine normative Herausforderung. Europas Bedeutung wurde vor mehr als 2500 Jahren im antiken Griechenland geprägt. Das Wort stammt aus der alten griechischen Mythologie: Europa war die schöne Braut des mächtigen Gottes Zeus. Wenn griechische Denker von Europa sprachen, dann dachten sie an ihre Zivilisation, ihr von „barbarischen“, nicht kultivierten Ländern eingeschlossenes Land. Griechische Kultur wurde als das Herzstück dessen betrachtet, was die Idee von Europa repräsentierte. In dieser Zivilisation voll philosophischen Geistes begründeten die Griechen eine Definition öffentlicher Angelegenheiten als Verantwortung, die vollständig auf der Verantwortung des Bürgers beruhte. Jeder freie Bürger sollte freiwillig zur öffentlichen Ordnung der Polis beitragen. Für mehr als 2500 Jahre war dies der Dreh- und Angelpunkt demokratischen Denkens.

Daran anschließend gilt es mehrere miteinander verknüpfte Gründe vorzustellen, um zu erläutern, warum Geschichte die Ausformung einer europäischen Identität entscheidend bestimmt:

- Europa war von Anfang an nicht nur ein geographisches Gebilde, sondern eine Kombination aus territorialer Expansion und kulturellen Werten, aus Auffassungen und normativen Elementen. Mit jeder neuen Entdeckung, Kolonisierung und Eroberung

17 Siehe dazu u.a. Julian Nida-Rümelin / Werner Weidenfeld (Hrsg.), *Europäische Identität: Voraussetzungen und Strategien*, Baden-Baden 2007; Werner Weidenfeld (Hrsg.), *Die Identität Europas*, München 1985; Brun-Hagen Hennerkes / George Augustin (Hrsg.), *Wertewandel mitgestalten*, Freiburg 2012; Michael Weigl, *Anwendungsfelder angewandter Identitätsforschung* in: Manuela Glaab / Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), *Angewandte Politikforschung*, Wiesbaden 2012, S. 431-442.

erweiterten sich Europas Grenzen über die kleine griechische Halbinsel mit ihrer fortgeschrittenen Kultur hinaus nach Norden, Süden und Westen des Kontinents.

- Europäer haben immer die politischen Grenzen des Kontinents hinterfragt. Europa ist durch natürliche Grenzen im Norden, im Westen und im Süden begrenzt, nicht aber im Osten. Auch heute noch, angesichts der Erweiterung der Europäischen Union, ist der Kontinent mit dem elementaren Problem seiner unbestimmten Grenze konfrontiert. Im Altertum wurde der Begriff „Europa“ mit dem Territorium des mächtigen Römischen Reiches assoziiert, das beinahe ganz Europa mit einer effektiven Bürokratie und der Idee einer Rechtsordnung versah: Der Staat beruhte auf Recht und Gesetz. Unser heutiges Erbe in Europa wird bestimmt von einer Rechtsstaatlichkeit, die dieser langen kulturellen Geschichte entstammt. Von zentraler Bedeutung war zudem die Bekehrung des römischen Kaisers Konstantin zum Christentum um das Jahr 330 A.D. Es wurde erwartet, dass das Bild und die territoriale Ausdehnung Europas von der Expansion des (westlichen) Christentums abhängig wurden. Europa konnte überall dort gefunden werden, wo Gottesdienste in lateinischer Sprache gehalten wurden.
- Europa wurde viele Jahrhunderte lang durch seine religiösen Fundamente getragen. Heute sind ungefähr 200 Millionen von knapp 500 Millionen Einwohnern der Europäischen Union römisch-katholisch, weniger als 100 Millionen sind protestantisch, 12 Millionen sind moslemisch und eine Million Hindu. Die religiöse Fundierung brachte auch religiöse Konflikte mit sich. Territoriale Grenzen veränderten sich in Folge religiöser Machtpolitik. Die Konsequenz war Migration. Dies geschah nicht nur, weil die Grenzen sich oft verschoben haben, sondern auch, weil Menschen wegen religiöser Verfolgung ihre Heimat verlassen mussten. Trotz dieser Migrationsbewegungen verblieben Minderheiten in vielen Ländern und wurden als Quelle von Spannungen betrachtet. Wenn man eine Karte zeichnen würde, die alle diese verschiedenen Grenzen durch die Geschichte hindurch umfasst, so würde man ein sehr dichtes und enges Raster voller Grenzlinien erhalten. Nur drei moderne Nationen erlebten in ihrer jeweiligen Geschichte eine Art Überlappung von religiösen und territorialen Grenzziehungen. Dies waren England und die Kerngebiete Frankreichs und Spaniens. In allen anderen Regionen Europas haben sich die Grenzen mehr oder weniger häufig verändert.
- Vor diesem Hintergrund von Migration und Grenzverschiebungen haben Minderheitskonflikte die politische Landkarte Europas bestimmt. So leben beispielsweise heute in Osteuropa mehr als 25 Prozent der Bevölkerung als nationale Minderheiten in ihren Gesellschaften. Alle diese Länder entwickelten sich vom 17. bis zum 19. Jahrhundert schrittweise zu modernen Nationalstaaten. Damit wurde der Nationalstaat zur normalen und regulären politischen Ordnung. Die Bildung von Nationen – idealerweise betrachtet als Gesellschaften mit einem gemeinsamen politischen Willen und gemeinsamen Perspektiven – garantierte jedoch nicht die friedliche Koexistenz der Nationalstaaten. Im Gegenteil, die Kriegserfahrung wurde ein höchst emotionaler Teil des kollektiven Gedächtnisses, die bis heute zutiefst verwurzelt geblieben ist. Demzufolge ist Nationalismus ein ausgeprägtes Element des europäischen Selbstverständnisses.
- Europa hat eine mehr als 2000 Jahre alte, von Kriegen geprägte Geschichte. Gleichzeitig gab es jedoch auch europaweite Epochen der Kunst, Dichtung, Architektur, des Theaters, der Musik und anderer gemeinsamer intellektueller Erfahrungen mit Philosophie und politischen Ideen. Die gemeinsame Idee der Aufklärung ging daraus hervor. Diese wurde seit dem Ende des 18. Jahrhunderts das Schlüsselerlebnis für Europa. Der

beherzte Gebrauch des eigenen Intellekts ist die zentrale Lehre der Aufklärung. Der Verstand wird als Grundlage des Menschseins betrachtet. Religiöser Glaube wird als individuelle Beziehung zu Gott gesehen und definiert nicht länger die Ordnung des politischen Lebens.

- Die Kräfte der Aufklärung trennten Kirche und Staat. Der säkulare Staat wurde zum Standard der politischen Ordnung in Europa. In diesem Konzept muss der ideale Staat gegenüber jeglicher Religion neutral sein. Alle Menschen haben das gleiche Recht auf Würde, unabhängig von der individuellen Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religion oder Ethnie.

Keine dieser Entwicklungen ist vollständig aus unserem europäischen Selbstverständnis verschwunden: die Kombination aus territorialer Expansion und kulturellen Werten, die Frage der Grenzen, das Erbe der Religion in einer säkularen Welt, Migration und Minderheitenkonflikte sowie Europas Geschichte als eine Geschichte von Kriegen auch zwischen säkularen Nationalstaaten. All diese divergierenden, facettenreichen Faktoren sind wesentliche Teile unseres kollektiven Verständnisses von Europa. Sie definieren die Gegenwart und das Selbstverständnis von Europas Zukunft und der europäischen Identität.

Dieser große Kulturprozess vollzieht sich nicht von heute auf morgen. Und nicht Jeder wird jeden Schritt mitgehen wollen. Entscheidend aber ist es, diese Tatsache nicht allein als Problem, sondern auch als strategische Chance für die Zukunft Europas zu sehen.¹⁸

Die Neuordnung der Macht steht an

Die europäischen Profile werden nur geschärft, wenn die Europäische Union ihre Handlungsfähigkeit steigert. Der Lissabon-Vertrag hat zwar ein Arsenal von Führungsämtern komponiert, aber deren Zuordnung offen gelassen. Präsident des Europäischen Rates, Präsident des Ministerrates, Präsident der Kommission, Hoher Repräsentant der Außen- und Sicherheitspolitik, Vorsitzender des Euro-Rates – alle diese Ämter arbeiten im Wesentlichen nebeneinander her. In diesen Dschungel von Führungsverantwortungen mischen sich die Staats- und Regierungschefs der großen Mitgliedsstaaten und inzwischen auch das selbstbewusster auftretende Europäische Parlament ein. Ein effektiver, zielführender Entscheidungsprozess ist auf diese Weise nicht zu organisieren. Effektivität und erfahrbare Führung sieht anders aus.

Deshalb steht die Neuordnung der Macht in Europa an. Die eher traditionell integrationspolitisch orientierten Entscheidungsträger wollen weiterhin Kommission und Parlament stärken. Das Europäische Parlament war bei allen neuen Verträgen seit der Gründung der EWG 1957 der eigentliche Gewinner. So soll es aus seiner Sicht weitergehen. Es lässt die kompetenzgestärkten Muskeln spielen. Sein neuer Präsident Martin Schulz sagte der „Vergipfelung der Politik“¹⁹ den Kampf an.

Aber dennoch gingen die eigentlichen Impulse zum Fiskalpakt von den Regierungen der großen Euro-Mitgliedstaaten aus. Deutschland und Frankreich bildeten ein Führungsteam.²⁰ Sie waren nicht immer und von Anfang an einer Meinung. Dazu sind die

18 Vgl. u. a. Jean-Claude Piris, *The Future of Europe: Towards a two-speed EU?*, Cambridge 2012.

19 Siehe *Das Parlament*, 23.1.2012, S. 11.

20 Siehe u.a. Lothar Albertin, *Deutschland und Frankreich in der Europäischen Union: Partner auf dem Prüfstand*, Tübingen 2010; Gisela Müller-Brandeck-Bocquet u.a., *Deutsche Europapolitik, Von Adenauer bis Merkel*, 2. Aufl., Wiesbaden 2010.

politisch-ökonomischen Kulturen zu verschieden. Aber beide hatten erkannt, dass eine angemessene Antwort auf die Krise nur zu finden sei, wenn sie beide gemeinsam die Initiative ergreifen. Und so geschah es.

Als Sonderthema wurde kritisch beleuchtet, ob Deutschland die eigentliche Führung übernommen habe und ob dies angemessen sei. Die übliche politische Dialektik wurde ausgelöst: Wenn es an Führung in Europa fehlt, dann wird sie eingefordert; wenn Führung geleistet wird, dann wird sie kritisiert und beklagt. Es war nicht ungeschickt, dass Frankreich und Deutschland immer wieder Italien unter Mario Monti in diesen Führungszirkel einbezogen.

Ein weiteres Sonderthema bot Großbritannien. Es sagte „Nein“ zu einem Gemeinschaftsvertrag zur Fiskalunion – ganz im Sinne seiner traditionellen Politik. Es beteiligte sich aber auf Arbeitsebene an den Ausarbeitungen – auch im Sinne seiner Tradition.

Wenn man alles das summiert, dann wird klar, dass es um mehr geht, als „nur“ um die Fiskalunion oder „nur“ um die verbesserte Governance des Euro-Raumes – es handelt sich um einen dramatischen Macht-Kampf in Europa. An der Oberfläche wird medial angemessen gelächelt, hinter den Kulissen wird um Einfluss hart gekämpft.

Jenseits der Dramatik der Finanzkrisen in Europa darf nicht übersehen werden, dass sich die Europäische Union zunehmend von innenpolitischen Entwicklungen in den Mitgliedsstaaten herausgefordert fühlen muss:

- Die Versuche der rumänischen Regierung, den Staatspräsidenten abzusetzen, haben erhebliche Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit ausgelöst.²¹
- Vergleichbare Bedenken artikulierte die Europäische Union gegen Eingriffe der ungarischen Regierung und entsprechende Aktionen des ungarischen Parlaments, insbesondere zur Korrektur des Medienrechts.²²
- Auf einer anderen Ebene – aber ebenso bedenkenswert – erscheint die Notwendigkeit der Klage der EU-Kommission gegen die Bundesrepublik Deutschland vor dem Europäischen Gerichtshof wegen der fehlenden Umsetzung der EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung.²³
- Sensibel beobachtet und dramatisch begleitet wurden die innenpolitischen Konflikte in Griechenland, einschließlich von Regierungswechseln und Neuwahlen, ebenso wie die Wahlen des Staatspräsidenten und der Nationalversammlung in Frankreich. In beiden Ländern hatte ein anti-europäischer Populismus hohe Konjunktur.²⁴

Jenseits des Ringens der Mitgliedsstaaten um Macht und Einfluss muss die Führungsstruktur der Europäischen Union weiter geklärt werden.²⁵

Die strategische Führungskultur vertiefen: differenzierte Integration

Europa muss also auch seine Führungskultur fortentwickeln. Die machtvolle Komposition des Kontinents kann nicht einfach fortschreiben, was einst für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft mit sechs Mitgliedsstaaten galt. Das erheblich größere Europa ist differenzierter zu organisieren. Bereits in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts, als

21 Vgl. dazu den Beitrag „Rumänien“ in diesem Jahrbuch.

22 Vgl. dazu den Beitrag „Ungarn“ in diesem Jahrbuch.

23 Vgl. dazu den Beitrag „Bundesrepublik Deutschland“ in diesem Jahrbuch.

24 Einsichten dazu in den Kapiteln „Griechenland“ und „Frankreich“ in diesem Jahrbuch.

25 Vgl. Wolfgang Wessels, *Das politische System der Europäischen Union*, Wiesbaden 2008; Werner Weidenfeld, *Die Europäische Union*, 2. Aufl., München 2011.

mit der Wirtschafts- und Währungsunion und dem bevorstehenden Beitritt neuer Mitgliedsstaaten aus Mittelost-Europa Strategien zur Vertiefung und Erweiterung parallel verfolgt wurden, besannen sich Europas Spitzenpolitiker einer Idee, die Willy Brandt und Leo Tindemans bereits zwanzig Jahre zuvor geprägt hatten, und die Fragen der Führungsstrategie mit Fragen der Identität kombinierte: die differenzierte Integration. In den verschiedenen Politikbereichen sind seitdem Integrationsschritte erfolgt, an denen sich nicht alle EU-Mitgliedsstaaten beteiligen. Die Eurozone, der Schengen-Raum und weitere Projekte zeigen, dass die differenzierte Integration schon seit etlichen Jahren ein fester Bestandteil des Integrationsprozesses ist.

Differenzierte Integration kann als Laboratorium für das Innovationspotenzial der EU dienen.²⁶ Die Heterogenität und die schiere Zahl unterschiedlicher Interessen laden geradezu dazu ein, Projekte voranzutreiben, die von einer Gruppe von Staaten für wichtig erachtet werden, die aber keine Realisierungschance im Geleitzug der ganzen Union haben. Dabei bedeutet differenzierte Integration nicht, eine Zweiklassengesellschaft der europäischen Staaten einzuführen. Stattdessen sollten dort, wo eine Vertiefung gegenwärtig nicht mit allen Mitgliedsstaaten erfolgen kann, gezielt sachorientierte Kooperationsformen entstehen. Ist ein solches Projekt dann erst einmal erfolgreich umgesetzt, wird dieses die notwendige Anziehungskraft für den Beitritt weiterer Staaten entwickeln.

Differenzierte Integration ist keine Gefahr, sondern eine Chance. Wer europäische Handlungsfähigkeit optimieren will, der muss sich den Mühen europäischer Selbstverständigung unterziehen. Die politischen und kulturellen Eliten müssen ihr Verständnis der Risiken und Chancen ineinander verweben. Die Mühe der Vorverständigung und der strategischen Zukunftsperspektive muss man in Europa auf sich nehmen, will man nicht immer wieder infantil beginnen und die alten Fehler wiederholen. Doch hat die Vergangenheit gezeigt, dass solche Verständigungsprozesse in einem Europa der 27 Mitgliedsstaaten Zeit brauchen. Zeit, welche die EU längst nicht mehr hat. Viel zu lange hat sie schon die politisch-kulturelle Dimension der Europäischen Integration vernachlässigt. Die differenzierte Integration bietet die Chance, die Handlungsfähigkeit der Union zu sichern, ohne Fragen der Selbstverständigung zu ignorieren.

Die Legitimation Europas sichern

Der Machtzuwachs Europas ist unübersehbar; der Bedeutungsschub Europas ist greifbar; der Souveränitätsverzicht der Staaten geht weiter. Zur Krisenbewältigung wird „Mehr Europa“ gefordert. Aber wird dies alles von den Menschen mitvollzogen? Bedeutet etwa ein „Mehr Europa“ nicht zugleich ein „weniger Demokratie“? Die Frage nach der Legitimation Europas ist gestellt.

Das Bundesverfassungsgericht hat bereits die rote Linie aufgezeigt. Es wird eingreifen, wenn der Souveränitätsverzicht die Staatlichkeit Deutschlands angreift.²⁷ Die plakativen Forderungen sind bekannt: „Mehr Macht dem EU-Bürger!“²⁸, „Die Bürger sollen über den

26 Vgl. u.a. Werner Weidenfeld / Josef Janning, Das neue Europa – Strategien differenzierter Integration, Gütersloh 1997; Almut Möller, Wir gehen dann schon mal vor, Wie viel Ungleichzeitigkeit verträgt Europa?, in: Internationale Politik, 1/2012, S. 20-25.

27 Das Parlament, 28.11.2011, S. 11; Andreas Voßkuhle, Über die Demokratie in Europa, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.2.2012, S. 7.

28 Die Welt, 10.2.2012, S. 5.

Euro abstimmen²⁹. Zugleich wird Europa aufgefordert, „endlich seinen Bürgern zu vertrauen“³⁰. Die Unzufriedenheit vieler Bürger führte in ungewöhnlich vielen EU-Mitgliedsstaaten zu Regierungswechseln und zu wachsenden Anteilen des rechten Populismus³¹. Der demokratische Wahlakt als Ausdruck der Volkssouveränität bietet die fundamentale Quelle moderner Legitimation. Aber im Blick auf das Europäische Parlament ist bisher nicht die Gleichheit der Wahl gewährleistet. Auch die Distanz zwischen Europäischem Parlament und europäischem Bürger erscheint immer noch als sehr groß. Auch die im Lissabon-Vertrag vorgesehene Bürgerinitiative wird da wohl keine Abhilfe schaffen.

Verschärft wird dies durch die anstehenden Erweiterungen der Europäischen Union – über Kroatien hinaus. Es stehen dann an: Montenegro, Serbien, Mazedonien, Albanien, Kosovo – nicht zu vergessen die Türkei.

Die Distanz der Menschen zur Politik muss wieder reduziert werden, soll Europa handlungsfähig bleiben. In der Europäischen Union sind die Bürger dabei, der Politik ihr Vertrauen zu entziehen. Europa mutiert zur Misstrauengesellschaft. Die Verfahren des Rechtsstaates und der Demokratie sind ihnen fremd geworden. Die Bürger wollen mitmachen, ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen und nicht bloß Objekte ferner Entscheidungsinstanzen sein. In jedes Thema müssen die Europäer frühzeitig und direkt einbezogen werden. Nicht zuletzt eröffnen Internet-TV, Facebook und Twitter eine neue Welt der Mitwirkung, die dann auch in die persönliche Begegnung übergehen kann. „Partizipationslotsen“, Planspiele, Jugendparlamente und vieles mehr – neue Wege der Vermittlung Europas gibt es durchaus. Nur müssen sie intensiver und strategischer genutzt werden. Die europäischen Institutionen müssen in intensivierter Direktheit vor Ort die Kontroverse initiieren und organisieren. Die Präsenz vor Ort kann zum Schlüssel neuen Verstehens werden: „Going local“ sollte ein künftiges Motto werden, das Europa erlebbarer macht.

Die europäische Ebene verzeichnet also einerseits einen Bedeutungsgewinn – andererseits aber unterscheidet sie sich in nichts vom Erosionsprozess der politischen Kultur in den Mitgliedsstaaten. Hier wie dort besteht dringlicher Bedarf an Strategie, Zukunftsbild und Botschaft – aber hier wie dort wird nur punktuell, situativ und sprunghaft agiert. Auch für Europa liegt es auf der Hand: Das Grundmuster des Politischen muss sich ändern.

Eine vitale transnationale Demokratie setzt auch voraus, dass sich die EU-Bürger mit dem politischen System identifizieren und europäische Politik demokratisch legitimieren – etwa durch den Wahlakt zum Europäischen Parlament, vor allem aber in einer lebhaften öffentlichen Auseinandersetzung zu europäischer Politik. Europapolitik wirkt nach innen in die Mitgliedsstaaten hinein – und trotzdem ist sie noch immer kein selbstverständlicher Bestandteil nationaler, geschweige denn transnationaler Debatten. Europa ist nach wie vor ein artifizierender Nebenschauplatz. Obwohl die daraus resultierende Akzeptanz- und Legitimationskrise der Europäischen Union bereits seit langer Zeit schwelte, wurden die politischen Entscheidungsträger erst dann alarmiert, als die Nachricht vom Scheitern der Referenden in Frankreich und den Niederlanden kam und ein substanzieller und notwen-

29 Forderung des Ministerpräsidenten Bayerns, Horst Seehofer (Siehe Welt am Sonntag, 12.2.2012, S. 4) und des Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Ferdinand Kirchhof (Siehe Welt am Sonntag, 5.2.2012, S. 1 und S. 3).

30 Siehe Jan Techau, Mit Konkurrenz aus der Krise, Warum Europa endlich anfangen muss, seinen Bürgern zu vertrauen, in: Internationale Politik, 1/2012, S. 26-30.

31 Vgl. Florian Hartleb, Rechter Populismus in der EU: keine einheitliche Bewegung trotz wachsender Europa-skepsis, in: integration, 4/2011, S. 337-348; Populismus, Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 5-6/2012.

diger Reformschritt in der Systementwicklung der Europäischen Union über Nacht blockiert wurde. Es liegt aus diesem Grund im wohlverstandenen Eigeninteresse der Union, die Unterstützung des Bürgers für die Europapolitik durch geeignete politische Kommunikation wieder zu gewinnen.

Das Thema europäische Integration muss zum integralen und selbstverständlichen Bestandteil politischer Debatten in den Mitgliedsstaaten werden. Die Abschottung der nationalen von der europäischen Ebene im politischen Diskurs muss aufgehoben werden, denn sie entspricht im Mehrebenensystem nicht mehr der Realität. Dazu ist Lernen und Umdenken erforderlich, nicht nur für die Bürger, sondern auch unter den nationalen politischen Entscheidungsträgern. Gelingt dies nicht, so besteht die Gefahr, dass Politik zwar zunehmend auch auf europäischer Ebene gemacht wird, aber dabei abgekoppelt bleibt von der Legitimation der Bürger. Anders formuliert: Der Bürger muss den politischen Entscheidungsträgern auch ein Mandat für ihre Politik in der Europäischen Union geben. Und dies vermag er nur, wenn der Europapolitik ein größerer Raum in den tagespolitischen Debatten eingeräumt wird und eine Rückkoppelung zur täglichen Lebenswelt der Bürger stattfindet. Erst dann können die Bürger Europa als Teil ihrer eigenen Umwelt begreifen und zum Bezugspunkt ihrer eigenen Standortbestimmung machen.

Es bleibt also auf mittlere Sicht das fundamentale Strukturproblem internationaler Politik: die Diskrepanz zwischen globalisierter Problemstruktur, teils internationaler und teils nationaler Entscheidungsstruktur, sowie weitgehender nationaler Legitimationsstruktur. Diese Diskrepanz verweist auf das Schlüsseldefizit des Politischen der Gegenwart. Die nachdenkliche Europa-Literatur bringt das Phänomen auf interessante Kurzformeln: „eine normativ abgerüstete Generation der Kurzatmigkeit“ (Jürgen Habermas),³² „die Entmündigung Europas“ (Hans Magnus Enzensberger).³³ „Europas Schande ... geistlos verkümmern wirst Du“ (Günter Grass).³⁴ Die Dramatik ist Tag für Tag greifbar: Europa erlebt eine Zeitenwende. Die Zäsur ist vergleichbar mit den großen Einschnitten in der Geschichte. Das Ringen um imperiale Hegemonie früherer Epochen, die Erfahrung großer kriegerischer Katastrophen erfasste ähnliche politische Tiefendimensionen wie auch die Gründungsschritte zur Erfolgsgeschichte der Integration. Der große Machtapparat der Europäischen Union wird folgerichtig konfrontiert mit der Frage nach seiner Legitimation.

Weiterführende Literatur

Gabriele Abels / Annegret Eppler (Hrsg.): Auf dem Weg zum Mehrebenenparlamentarismus? Funktionen von Parlamenten im politischen System der EU, Baden-Baden 2011.

Lothar Albertin: Deutschland und Frankreich in der Europäischen Union – Partner auf dem Prüfstand, Tübingen 2010.

Wassilis Aswestopoulos: Griechenland – Eine europäische Tragödie, Berlin 2011.

Jan Bergmann (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union, Baden-Baden 2012.

Hermann Fechtrop / Friedbert Schulze / Thomas Sternberg (Hrsg.): Europa auf der Suche nach sich selbst, Berlin 2010.

Christian Felber: Retten wir den Euro!, Bonn 2012.

32 Jürgen Habermas, Wir brauchen Europa, in: Die Zeit, 20.5.2010, S. 47; ders., Zur Verfassung Europas, Berlin 2011.

33 Hans Magnus Enzensberger, Sanftes Monster Brüssel oder Die Entmündigung Europas, Berlin 2011.

34 Günter Grass, Europas Schande in: Süddeutsche Zeitung, 26.05.2012, S. 15.

- Robert Fischer: *The Europeanization of Migration Policy, The Schengen Acquis between the Priorities of Legal Harmonization and Fragmentation*, Frankfurt am Main Berlin Bern Bruxelles New York Oxford Wien 2012.
- Severin Fischer: *Auf dem Weg zur gemeinsamen Energiepolitik – Strategien, Instrumente und Politikgestaltung in der Europäischen Union*, Baden-Baden 2011.
- Manuela Glaab / Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): *Angewandte Politikforschung*, Wiesbaden 2012.
- Jürgen Habermas: *Zur Verfassung Europas*, Berlin 2011.
- Gunter Hofmann: *Polen und Deutsche. Der Weg zur europäischen Revolution 1989/90*, Bonn 2011.
- Martin Hüfner: *Rettet den Euro! Warum wir Deutschland und Europa neu erfinden müssen*, Hamburg, 2011.
- Thomas Jäger (Hrsg.): *Die Welt nach 9/11: Auswirkungen des Terrorismus auf Staatenwelt und Gesellschaft*, Wiesbaden 2011.
- Egbert Jahn: *Strukturen von Konflikten und Kooperation im Osten Europas*, Wien 2012.
- Hans D. Jarass: *Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Kommentar*, München 2012.
- Eckhard Jesse / Gerd Strohmeier / Roland Sturm (Hrsg.): *Europas Politik vor neuen Herausforderungen*, Opladen 2011.
- Hartmut Kaelble: *Kalter Krieg und Wohlfahrtsstaat. Europa 1945 – 1989*, München 2011.
- Viktoria Kaina: *Wir in Europa: Kollektive Identität und Demokratie in der Europäischen Union*, Wiesbaden 2009.
- Ulrich Karpenstein / Franz C. Mayer (Hrsg.): *EMRK Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundrechte – Kommentar*, München 2012.
- Walter Laqueur: *Europa nach dem Fall*, München 2012.
- Le Monde Diplomatique (Hrsg.): *Atlas der Globalisierung spezial. Das 20. Jahrhundert. Der Geschichtsatlas*, Berlin 2011.
- Claus Leggewie: *Der Kampf um die europäische Erinnerung*, Bonn 2012.
- Christoph Leitl / Günther Verheugen (Hrsg.): *Europa? Europa! Wo liegt die Zukunft unseres Kontinents?*, Baden-Baden 2011.
- Kai von Lewinski (Hrsg.): *Staatsbankrott als Rechtsfrage*, Baden-Baden 2011.
- Werner Meng / Georg Ress / Torsten Stein (Hrsg.): *Europäische Integration und Globalisierung*, Baden-Baden 2011.
- Peter-Christian Müller-Graff / Stefanie Schmahl / Vassilios Skouris (Hrsg.): *Europäisches Recht zwischen Bewährung und Wandel*, Baden-Baden 2011.
- Yvonne M. Nasshoven: *The Appointment of the President of the European Commission*, Baden-Baden, 2011.
- Oskar Negt: *Gesellschaftsentwurf Europa*, Göttingen (mit ifa, Stuttgart) 2012.
- Michael North: *Geschichte der Ostsee – Handel und Kulturen*, München 2011.
- Joseph Nye: *Macht im 21. Jahrhundert: Politische Strategien für ein neues Zeitalter*, München 2011.
- Anja Opitz: *Politische Vision oder praktische Option? Herausforderungen eines zivil-militärischen Krisenmanagementansatzes im Rahmen der GSVP*, Baden-Baden 2012.
- Max Otte: *Stoppt das Euro-Desaster!*, Berlin, 2011.
- Anton Pelinka: *Europa – Ein Plädoyer*, Wien 2011.
- Jean-Claude Piris: *The future of Europe – Towards a two-speed EU?*, Cambridge 2012.
- Edmund Ratka / Olga Spaier (Hrsg.): *Understanding European Neighbourhood Policies: Concepts, Actors, Perceptions*, Baden-Baden 2012.
- Marc Reise: *Lang lebe der Euro! Warum wir für unsere Währung auf die Straße gehen sollten*, München, 2012.
- Eberhard Sandschneider: *Der erfolgreiche Abstieg Europas. Heute Macht abgeben, um morgen zu gewinnen*, München 2011.
- Peter Schmitt-Egner: *Europäische Identität. Ein konzeptioneller Leitfaden zu ihrer Erforschung und Nutzung*, Baden-Baden 2012.
- Jürgen Schwarze (Hrsg.): *EU-Kommentar*, 3. Aufl., Baden-Baden 2012.
- Jürgen Schwarze: *Europarecht – Strukturen, Dimensionen und Wandlungen des Rechts der Europäischen Union*, Baden-Baden 2012.

- Jürgen Schwarze (Hrsg.): Das Verhältnis von nationalem Recht und Europarecht im Wandel der Zeit, Band 1, Baden-Baden 2012.
- Manfred E. Streit: Quo vadis Europa? Beiträge zur europäischen Integrationspolitik, Baden-Baden 2011.
- Funda Tekin: Differentiated Integration at Work, Baden-Baden, 2012.
- Norbert Walter: Europa. Warum unser Kontinent es wert ist, dass wir um ihn kämpfen, Frankfurt am Main 2011.
- Werner Weidenfeld: Die Dialektik der Europäischen Integration – Zwischen Krise, Reform und der Suche nach langfristigen Strategien in: Arnold Suppan (Hrsg.): Auflösung historischer Konflikte im Donauraum, Festschrift für Ferenc Glatz zum 70. Geburtstag, Budapest 2011, S. 725-742.
- Werner Weidenfeld: Die Europäische Union und ihre föderale Gestalt – Historische Entwicklung, gegenwärtige Ausprägung und künftige Herausforderungen in: Ines Härtel (Hrsg.): Handbuch Föderalismus, Bd. IV: Föderalismus in Europa und der Welt, Berlin / Heidelberg 2012, S. 3-36.
- Werner Weidenfeld: Die Krise als Chance: Europa neu denken in: Andreas Khol u.a. (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2011, Wien 2012, S. 37-52.
- Werner Weidenfeld: Die neue deutsche Europapolitik in: Reinhard Meier-Walser / Alexander Wolf (Hrsg.), Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland – Anspruch, Realität, Perspektiven, München 2012, S. 101-108.
- Werner Weidenfeld: Europäische Selbstverständigung und Integration – Auf dem Weg zu einer Gemeinschaftsidentität in: Brun-Hagen Henerkes / George Augustin (Hrsg.): Wertewandel mitgestalten, Freiburg 2012, S. 72-81.
- Werner Weidenfeld: Europas Zukunftskonstellationen – Strategische Reflexionen in: Zeitschrift für Europarecht (EuZ), 14. Jg., 7/2012, S. 84-88.
- Werner Weidenfeld: Europe's International Responsibility: A Continent in Search of its Strategy in: Edmund Ratka / Olga A. Spaiser (Hrsg.): Understanding European Neighbourhood Policies – Concepts, Actors, Perceptions, Baden-Baden 2012, S. 25-33.
- Paul Welfens: Die Zukunft des Euro, Berlin 2012.
- Andreas Wirsching: Der Preis der Freiheit – Geschichte Europas in unserer Zeit, München 2012.